

## Alles tot

**Zu ihren Eltern in der Bundesrepublik nachgereiste Gastarbeiter-Kinder drohen zum sozialen Problem zu werden: Durch amtliches Arbeitsverbot sind sie zur Untätigkeit verdammt.**

Arbeitsminister Walter Arendt, einst einer der Fleißigsten und Erfolgreichsten im Bonner SPD/FDP-Kabinett, probt eine neue Taktik: Nichtstun.

Anfang des Jahres hatten die Regierungskollegen Arendts 17 „Thesen zur Ausländerpolitik“, in denen er für eine drastische Senkung der Gastarbeiterzahlen eintrat, ersatzlos abgeschmet-

terfamilien geht, vor allem der Kinder. Auf die hatte es Arendt schon im November 1974 mit einem Ukas an den Präsidenten der Nürnberger Bundesanstalt für Arbeit abgesehen. Josef Stingl verkündete weisungsgemäß, daß ausländische Kinder, die nach dem 30. November 1974 zu ihren Eltern in die Bundesrepublik ziehen, keine Arbeits-erlaubnis und keinen Ausbildungsplatz mehr erhalten — selbst dann nicht, wenn der Job oder die Lehrstelle mangels deutscher Nachfrage frei sind. Begründung für den Kinderkampf: „Ohne diese Regelung wäre mit einem unververtretbaren Nachziehen ausländischer Jugendlicher zu rechnen.“

Die Besorgnisse hatten zuvörderst finanzielle Gründe: Seit Inkrafttreten der Kindergeldreform am 1. Januar

Für das Bundesgebiet und West-Berlin hat Arendts Ministerium immerhin eine geschätzte Zahl parat: Seit dem 30. November 1974 übersiedelten etwa 10 000 über 14jährige Jugendliche aus Andalusien oder Anatolien zu ihren Eltern. Die meisten würden arbeiten wollen, wenn sie nur dürften. So aber gelten sie, mangels Arbeitserlaubnis, nicht einmal als arbeitslos.

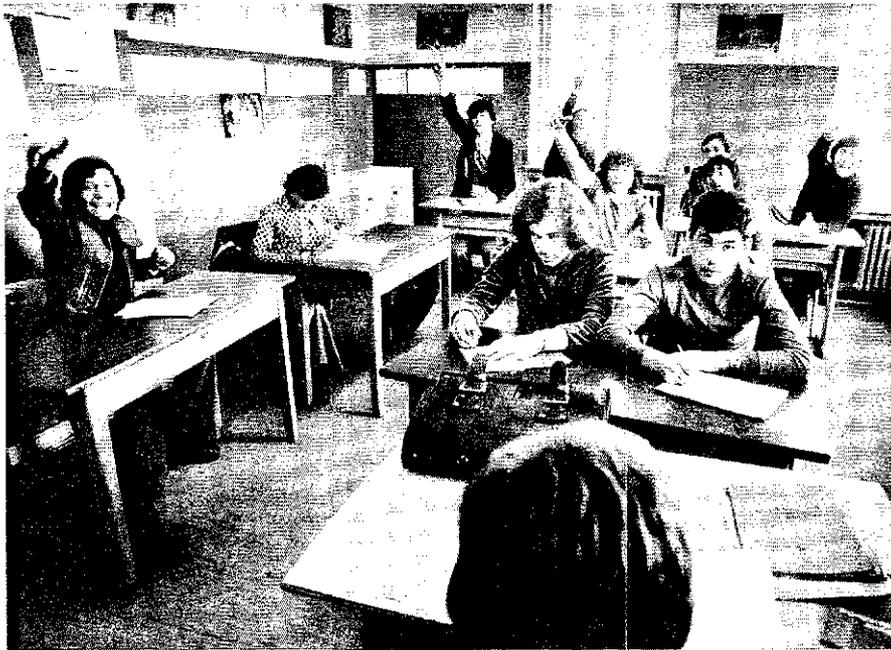
Und genau da wird die Sache äußerst fragwürdig. Mit der Arbeitsverweigerung treibt der Staat, so NRW-Farthmann, „die Ausländer-Kinder in eine zwangsweise Kriminalisierung und Asozialität“. Auch der für alle Ausländerfragen zuständige Bonner Experte Wolfgang Bodenbender sorgt sich: „Wenn junge Menschen ausgerechnet zu Beginn ihres Berufslebens keine Arbeit erhalten dürfen, müssen sie moralisch versacken.“

Den an dieser Misere Schuldigen hat Arendt längst ausgemacht: Innenminister Werner Maihofer, der im Kabinett vehement für eine auch in Zukunft unreglementierte Familienzusammenführung focht. Der Arbeitsminister aber tut die humanitären Argumente seines liberalen Koalitionspartners als „sentimentales Zeug“ ab und beharrt auf seiner Position: „Wenn wir heute 10 000 arbeiten lassen, haben wir morgen 20 000 Neue im Land.“

Jetzt suchen die Arbeitsminister der Länder den offenen Streit mit Walter Arendt. Sie hatten ihn schon im vergangenen September aufgefordert, eine „mittel- und langfristige Konzeption“ zur Ausländerpolitik vorzulegen und alle ungelösten Fragen in einer neuen Bund-Länder-Kommission zu regeln. Dafür, daß er seit dem Scheitern seiner Thesen im Kabinett nichts getan hat, soll der Bonner Ressortchef auf der nächsten Konferenz der Arbeitsminister am 30. Juni öffentlich gerügt werden. Die Anti-Arendt-Haltung ist freilich unterschiedlich motiviert: Während die Sozialliberalen Einwände in der Sache haben, sehen die Unionschristen, ansonsten mit Arendts harter Linie grundsätzlich durchaus einverstanden, eine günstige Wahlkampf-Gelegenheit, dem Bonner eine zu langen.

Arendt ließ auch die Drohung mit der Rüge kalt. Er veranlaßte lediglich seinen Staatssekretär Hermann Buschfort zu der vagen Erklärung, die Bundesregierung werde sich um eine Änderung der Bestimmungen in Sachen Arbeitserlaubnis „bemühen“.

Dabei scheinen Arendt selbst moderate Alternativen zuwider. Friedhelm Farthmann hatte dem Genossen in Bonn schon im Januar vorgeschlagen, ausländischen Jugendlichen das begehrte Erlaubnispapier wenigstens für solche Arbeitsplätze oder Lehrstellen zu geben, für die sich deutsche Altersgenossen zu fein sind. Walter Arendt hielt sich an seine Stillhaltetaktik; Farthmanns Brief wurde bis heute nicht beantwortet. ◆



**Jugendliche Ausländer in Westdeutschland\*:** Kein Recht auf Arbeit?

tert. Doch Arendt dachte nicht daran, klein beizugeben. Ungewöhnlich ist allerdings die Methode, mit der der Minister die widerspenstigen Kollegen in Bund und Ländern doch noch auf seinen harten Anti-Gastarbeiterkurs zwingen will: Er befaßt sich einfach nicht mehr mit den Problemen der gut vier Millionen Ausländer im Lande. Ein Ministerialbeamter: „Seit die Thesen im Kabinett gescheitert sind, ist alles tot.“

Die Ziele der Arendt-Politik sind klar. Durch den Rausschmiß möglichst vieler Ausländer soll ein Großteil der 850 000 deutschen Arbeitslosen wieder einen Job erhalten. Und es soll Platz geschaffen werden für die 400 000 deutschen Jugendlichen, die in den nächsten vier Jahren zusätzlich ins Berufsleben wachsen.

Den ehemaligen Chef der Bergarbeitergewerkschaft stört dabei nicht, daß sein Groll über die Niederlage am Kabinetttisch zu Lasten der Gastarbei-

1975 erhalten Gastarbeiter aus Staaten, die nicht der EG angehören, für ihre Sprößlinge nur dann das volle Kindergeld, wenn der Nachwuchs in Deutschland aufgezogen wird. Mit seiner Aussperrungsaktion verhalf Arendt der Bundeskasse zu einer Einsparung von einer Milliarde Mark.

Arendt sah in der Aktion freilich schon immer mehr als nur den Schutz der Staatsfinanzen vor einem Ansturm fremdländischer Kostgänger. Er hält es für unerträglich, daß die gut zwei Millionen ausländischen Arbeitnehmer immer häufiger ihre Familien nachholen und damit „die soziale Infrastruktur belasten“. Allein im letzten Jahr, ermittelte der Düsseldorfer Arbeitsminister Friedhelm Farthmann, zogen 65 000 Familienangehörige im großen Treck nach Nordrhein-Westfalen — niemand weiß, wie viele Jugendliche im Alter zwischen 14 und 18 Jahren dabei sind.

\* Im Berufsbildungszentrum Köln.